



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster, Susann Biedefeld, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Arif Taşdelen, Kathi Petersen, Ruth Müller SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Beförderungsstau bei der Polizei beheben;
Stellenhebungen von BesGr A 10 nach A 11
(Kap. 03 02 Tit. 461 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu den im Jahr 2018 in den Kap. 03 17 (Landeskriminalamt), 03 18 (Landespolizei), 03 20 (Bereitschaftspolizei) und 03 21 (Polizeiverwaltungsamt) vorgesehenen Stellenhebungen für Polizeibeamte werden zusätzlich 179 Stellen von Besoldungsgruppe (BesGr) A 10 nach BesGr A 11 gehoben.

Wegen der Stellenhebungen erhöhen sich im Kap. 03 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A – Allgemeine Innere Verwaltung) der für das Jahr 2018 im Tit. 461 01 (Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 03 A) vorgesehenen Mittel in Höhe von 31.121,7 Tsd. Euro um 304,3 Tsd. Euro auf 31.426,0 Tsd. Euro.

Begründung:

Aktuell (Stand: November 2017) erfüllten 779 Beamtinnen und Beamte der BesGr. A 10 alle Beförderungsvoraussetzungen für die BesGr. A 11. Im Haushaltsentwurf sind derzeit keine Hebungen in diesem Bereich vorgesehen. Um hier einen Beginn zu machen, ist die beantragte Hebung für 179 Stellen notwendig.

Die kontinuierliche Fortsetzung von Stellenhebungen in den nächsten Haushaltsjahren ist erforderlich, um den Beamtinnen und Beamten berufliche Perspektiven zu eröffnen, sie dadurch weiter zu motivieren und zu einer größeren Zufriedenheit in der Polizei in Bayern beizutragen.